

CSU/FDP Stadtratsfraktion Friedberg

Vorsitzender:

Thomas Kleist

Dr.-W.-Lohmüller-Str. 57

86316 Friedberg

Tel. (privat): 0821-2679979

Tel. (gesch.): 0821-44069-20

CSU-Stadtratsfraktion, Dr.-W.-Lohmüller-Str. 57, 86316 Friedberg

Stadt Friedberg

Erster Bürgermeister Herrn Roland Eichmann

Marienplatz 5

86316 Friedberg



Friedberg, den 08.10.2020

Antrag zur Verbesserung der Mobilfunkabdeckung in den südlichen Stadtteilen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zur Verbesserung der Mobilfunknetzabdeckung neuester Generation in den südlichen Stadtteilen mit dem Fokus auf Bachern und Rohrbach beantragen wir die Durchführung folgender Maßnahmen.

1. Einleitung eines transparenten Bürgerdialogs und Anbahnungsprozesses:

Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ist für eine derartige Erweiterung der Infrastruktur essentiell und gerade im Hinblick auf die lokale Situation mit den Windkraftanlagen ein wichtiger Schritt um Ängste abzubauen und die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubeziehen. Als gutes Beispiel für einen derartigen Prozess kann aus unserer Sicht das 2016 in Haberskirch verfolgte Vorgehen mit Bürgerversammlungen usw. genannt werden.

2. Ermittlung der tatsächlichen Netzabdeckung und Strahlenbelastung in den beiden Stadtteilen und darüber hinaus.

Durch Messungen sollte Transparenz zur aktuellen und gewünschten Netzabdeckung in den beiden Stadtteilen und zu den bestehenden sowie möglichen Belastungen für Mensch und Natur geschaffen werden. Dies stellt nach unserer Ansicht die Grundlage für den Bürgerbeteiligungsprozess und eine sinnvolle Standortsuche dar. Es sollten hierbei auch weitere Gebiete im Stadtgebiet (Ottmaring, Rederzhausen, ...) sowie angrenzenden Gemeinden untersucht werden (z.B. Kissing in Richtung Seewieshof; Ried in Richtung Asbach und Holzburg; Eurasburg in Richtung Rohrbach).

3. Prüfung möglicher Senderstandorte und deren ökologischer wie ökonomischer Erschließung:

Im Bezug auf Bachern und Rohrbach ergeben sich hier nach unserer Auffassung vielfältige Möglichkeiten mit wenig Aufwand bestehende Infrastruktur zur Installation eines Senders zu nutzen. Allen voran ist zu prüfen, ob die bestehenden Windkraftanlagen mit einem Sender ausgestattet werden können oder ob bestehende Gebäude wie Feldstadel oder Sportanlagen (z.B. Flutlichtmasten) genutzt

werden können. Erst wenn bestehende Gegebenheiten ausfallen, sollten aus unserer Sicht neue Masten in Erwägung gezogen werden, um den Eingriff in die Natur möglichst gering zu halten. Ein guter Standort für den Sender könnte es ermöglichen die Höhe bzw. die erforderliche Sendeleistung für eine trotzdem gute Flächenabdeckung minimal zu halten, mit Vorteilen für Mensch und Natur.

4. Prüfung der möglichen Betreibermodelle und Einbeziehung der Mobilfunkanbieter:

Parallel zur Prüfung möglicher Standorte bitten wir die Stadtverwaltung Kontakt vor allem zu den netzbetreibenden Mobilfunkanbietern aufzunehmen, um diese mit einzubeziehen. Gemeinsam mit Ihnen aber auch aus der Bürgerbeteiligung heraus sind mögliche Betreibermodelle zu prüfen.

5. Prüfung der Förderoptionen:

Wir bitten parallel zur Evaluierung von Standort- und Betriebsmodell, um die Prüfung der Förderungsmöglichkeiten für das beschriebene Vorhaben auf Landes- und Bundesebene. Gerne können wir hierzu Kontakte zu Bundes- und Landtagsabgeordneten herstellen.

6. Zeitnahe Vorstellung des Vorgehens und der Ergebnisse im Fachausschuss:

Wir bitten die Verwaltung diesen Antrag dringlich zu bearbeiten und zeitnah das Vorgehen sowie die ersten Ergebnisse im entsprechenden Fachausschuss vorzustellen (bis Ende des Jahres 2020). Nach unserer Auffassung sollte es möglich sein und deshalb als klare Zielsetzung gelten, bis 30.06.2021 ein abgestimmtes Konzept für die Verbesserung der Mobilfunknetzabdeckung in den beiden Stadtteilen im Stadtrat vorzulegen.

Begründung:

In unserer modernen Gesellschaft ist die Anbindung an eine leistungsfähige Telekommunikationsinfrastruktur ein essentielles Element des privaten wie geschäftlichen Lebens. Neben den vielfältigen Vorteilen für das private Umfeld unserer Bürgerinnen und Bürger (z.B. Mobilfunk-Erreichbarkeit, Mobiles Surfen, Absicherung Internet-Nutzung über 2-Faktor-Authentifizierungen, ...) und dem sicherheitstechnischen Aspekt Hilfe rufen zu können (z.B. Notruf, Polizei, ...), stellt die Versorgung mit Mobilfunk und schneller mobiler Datenübertragung der neuesten Generation die Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Menschen sowie der lokalen Unternehmen dar. Die Fähigkeit im Home-Office zu arbeiten steht und fällt in Ergänzung mit schnellem Breitbandinternet direkt mit dem Handy-Empfang und weder ein Handwerksbetrieb noch ein Landwirt kommt heutzutage ohne Handy-Erreichbarkeit aus. Gerade in unserem ländlichen Raum, mit noch unzureichender Anbindung an stationäre Glasfasertechnologie, ist die flächendeckende Versorgung mit mobiler Datenübertragung deshalb besonders wichtig und stellt, unserer Auffassung nach, ein Grundrecht unserer Bürgerinnen und Bürger dar. In Zukunft wird weitergehend in vielen Bereichen eine Anbindung an mobile Datenübertragung vorausgesetzt.

Ein Beispiel dafür sind Ladesäulen für elektrische Mobilität. Die Abrechnungssysteme sind auf eine stabile Mobilfunkverbindung angewiesen. Dörfer die das nicht als Grundlage aufweisen, werden also in wichtigen Bereichen vom Fortschritt ausgeschlossen.

Als weiteres Beispiel mit hoher sicherheitstechnischer Relevanz ist die Tatsache zu sehen, dass in unterversorgten Gebieten ~~keine~~ bei einem Stromausfall faktisch keine Notrufe möglich sind! Durch die nun fast vollständig abgeschlossene Umstellung des Telefonie-Netzes auf die VoIP-Technologie läuft die komplette Telefonie über die Internet-Verbindung. Somit fällt bei einem Ausfall der Internet-Verbindung in einem Ort auch die komplette Festnetz-Telefonie aus, so dass bei Notfall-Ereignissen dann keine Notrufe möglich sind, wenn nicht parallel ein Mobilfunknetz zur Verfügung steht. Und Ausfälle in der Internet-Verbindung treten ja leider immer wieder auf.

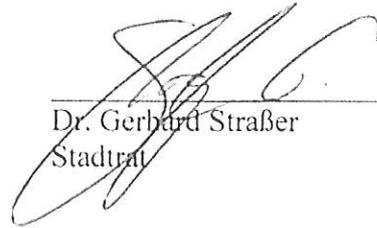
Die aktuelle Situation diesbezüglich ist in den südlichen Stadtteilen, vor allem aber in Bachern und Rohrbach, seit Jahren katastrophal. Viele Bereiche verfügen über überhaupt keinen Handy-Empfang, von schnellen Datenübertragungsraten ganz zu schweigen. Dies erstreckt sich über alle Mobilfunkanbieter sowie Netzvarianten und leider über die meisten Gebiete der beiden Stadtteile. An einzelnen Punkten wie erhöhten Lagen ist bei günstigen Bedingungen etwas Empfang der umliegenden Masten

möglich, aber selbst hier reichen die Datenübertragungsraten bei weitem nicht für eine zeitgerechte Handynutzung. Die meisten Bereiche wie Wohngebiete und der öffentliche Raum sind aufgrund der Topologie und Bewaldung vollkommen ohne Netzabdeckung – ein untragbarer Zustand in Deutschland 2020.

Bereits erfolgte Anfragen bei Telekommunikationsunternehmen zur fehlenden Weiterentwicklung der Netzabdeckung förderten bisher zu Tage, dass zum einen der Umstand in den Netzabdeckungskarten aufgrund der lokalen Ursachen gar nicht richtig erfasst ist und zum anderen drängt sich als unausgesprochener Grund der Untätigkeit die Unwirtschaftlichkeit auf, für die beiden Stadtteile eine Verbesserung herbei zu führen. Es liegt demnach auf der Hand, dass man hier die Situation unserer Bürgerinnen und Bürger nicht alleine den Gesetzen des Marktes überlassen darf, sondern dass ein politischer Eingriff zwingend erforderlich ist.



Thomas Kleist
Fraktionsvorsitzender



Dr. Gerhild Straßer
Stadtrat